

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Verbesserung der länderübergreifenden Zusammenarbeit beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ist über die Grenzen der Bundesländer zu führen.
Dabei ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit einschließlich eines intensiven Informationsaustausches insbesondere mit den Bundesländern Niedersachsen, Sachsen, Thüringen und Brandenburg anzustreben und umzusetzen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf
 - die zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus erforderlichen Maßnahmen, Initiativen und Projekte im Sinne einer zielorientierten Herangehensweise länderübergreifend zu koordinieren und zu vernetzen, um somit notwendige Synergieeffekte zu erzielen. Hierfür sind angemessene organisatorische und strukturelle sowie finanzielle Rahmenbedingungen bereitzustellen.
 - die Zusammenarbeit staatlicher Institutionen und Behörden über die Landesgrenzen hinweg zu verbessern und auszubauen.
Dabei sollen Polizei, Ordnungsbehörden und Verfassungsschutz der benachbarten Bundesländer eng miteinander kooperieren und kommunizieren.
Mittels eines gegenseitigen Informationsaustausches ist ein einheitlicher Wissensstand über aktuelle Ereignisse, Entwicklungen und Kooperationen der rechtsextremistischen Szene auf der Basis regelmäßiger gemeinsamer Treffen der zuständigen Behörden sicherzustellen, um der Polizei ggf. ein zeitnahes Agieren zu ermöglichen.
 - die länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizei sowohl anlassbezogen (u. a. bei Veranstaltungen mit wechselnden Örtlichkeiten) als auch bei länderübergreifenden Strukturen der rechtsextremistischen Szene zu intensivieren.
Durch ständige Erkenntnisaustausche zwischen den Bundesländern sowie ein gemeinsames länderübergreifendes Agieren sind derartige Veranstaltungen, wie insbesondere Musikveranstaltungen mit rechtsextremistischem Hintergrund zu verhindern.

(Ausgegeben am 10.06.2009)

- den Aufklärungs- und Ermittlungsdruck durch die Strafverfolgungsbehörden gegenüber rechtsextremistischen Straftaten weiter zu erhöhen. In diesem Zusammenhang ist die Bildung von „Mobilen Sondereinheiten“ zu prüfen.
 - dafür Sorge zu tragen, dass länderübergreifend die Polizei mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort auf dem Gebiet der Präventionsarbeit in den Austausch tritt und zusammenarbeitet, um ortsbezogen und zielgruppenorientiert mögliche rechtsextremistische oder fremdenfeindliche Tendenzen in den Kommunen zu analysieren und Gegenstrategien zu entwickeln.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung diesbezüglich auf, den Ausschuss für Inneres kontinuierlich über beabsichtigte Maßnahmen und den Stand der Umsetzung zu informieren.

Begründung

Die Zusammenarbeit staatlicher Institutionen und Behörden über die Grenzen von Bundesländern hinweg, verläuft eher noch unzureichend. Einer vorhandenen bundesweiten Vernetzung von rechtsextremen Strukturen kann nicht konsequent begegnet werden, wenn die Arbeit der zuständigen Behörden an den Ländergrenzen endet.

Wie bewusst rechtsextreme Strukturen mit diesen Mängeln umgehen, wird u.a. daran deutlich, dass Veranstaltungen (wie z. B. Rechtsrock-Konzerte) von vornherein mit Alternativstandorten geplant werden. Diese befinden sich oft in den angrenzenden Bundesländern.

Erst im November vergangenen Jahres wurde ein in Stadthagen (Niedersachsen) geplantes Rechtsrock-Konzert kurzerhand in das sachsen-anhaltische Harbke verlegt. Die sachsen-anhaltische Polizei erfuhr erst am Tag der Veranstaltung von ihren niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen von der Verlegung der Veranstaltung und war somit nahezu handlungsunfähig.

Beispiele wie dieses gibt es in ganz Deutschland. Sie belegen zum einen, dass die Verlegung von Veranstaltungen über Landesgrenzen hinweg auf einer klaren Strategie basiert, und sie verdeutlichen zum anderen ebenfalls die mangelnde Kooperation staatlicher Institutionen über die Grenzen der Bundesländer hinweg.

Des Weiteren ist seit längerem eine zunehmende Verfestigung und Vernetzung von Aktivitäten rechtsextremer Strukturen im Ost- und Westharz zu erkennen. Antworten auf parlamentarische Anfragen in Niedersachsen und auch Sachsen-Anhalt belegen das.

Eine länderübergreifende Zusammenarbeit einschließlich eines intensiven Erkenntnisaustausches der jeweiligen Bundesländer sind deshalb dringend erforderlich.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender